

Interview – Der Kurtiniger Bürgermeister Manfred Mayr über die Zusammenlegung von Gemeinden und die Verwaltungskosten

Kooperation statt Fusion

Der ehemalige Kammerabgeordnete Siegfried Brugger hat sich kürzlich in einem Interview mit der SWZ dafür ausgesprochen, **kleine Gemeinden zusammenzulegen**. Manfred Mayr, Bürgermeister von Kurtinig, **hält davon nichts**. Die SWZ hat mit ihm darüber gesprochen.

SWZ: Herr Mayr, der Gesetzgeber hat die Verwaltungsorgane der Gemeinden und deren Bezüge gestutzt. Gehören Sie auch zu den Kritikern dieser Maßnahme?

Manfred Mayr: „Ja, ich bin einer der schärfsten Kritiker, und ich habe gute Gründe dafür, denn in kleinen Gemeinden wirkt sich dies negativ aus, ohne dass nennenswerte Einsparungen erzielt werden. Was in großen Gemeinden durchaus angebracht war, geht für die kleinsten Einheiten nicht gut. In Kurtinig mit seinen 650 Einwohnern belaufen sich die Kosten für die Verwaltung inklusive Baukommission auf etwa 55.000 Euro, ein Referent erhält ungefähr 250 Euro netto im Monat. Wenn wir von fünf Leuten im Ausschuss auf drei zurückgehen, ist die Einsparung bescheiden, aber Auswahl hat der Bürgermeister keine mehr, denn er muss eine Frau und einen Italiener berücksichtigen. Wenn ich aber zwei Referenten weniger habe, dann fehlen mir zwei wertvolle Mitarbeiter, die viel erledigen, bei uns auch Arbeiten, für die wir sonst jemanden anstellen müssten. Weitverhinflüger wäre es gewesen, die Zahl der Referenten nicht anzurastern und dafür die Bezahlung des Vizebürgermeisters zu kürzen, der eigentlich ein normaler Referent ist und nur sporadisch den Bürgermeister vertreten muss, wofür er entlohnt werden könnte. Damit würde man gleich viel einsparen wie durch die Streichung von zwei Ausschussmitgliedern – und das ganz ohne schädliche Nebeneffekte. Die Bezüge der Vizebürgermeister, 50 Prozent von jenen der Bürgermeister, sind auch in größeren Gemeinden im Grunde nicht gerechtfertigt. In Kurtinig bekommt der Vizebürgermeister viertel so viel wie die anderen Referenten, aber er macht eigentlich die gleiche Arbeit. Nichts gegen den Vize, aber das ist ungerecht. Er sollte nur für die Zeit bezahlt werden, in der er den Bürgermeister ersetzt.“

In Politik und Verwaltung muss angesichts knapper werdender Haushaltsgeparat werden. Laut nachgedacht wird dabei auch über eine Zusammenlegung von Kleinstgemeinden oder deren Angliederung an größere Nachbargemeinden. Gibt es in Südtirol vielleicht bald nur mehr 80 statt 116 Gemeinden? Werden Sie und Ihre Gemeinde in nächster Zukunft wegrationalisiert?

In die Zukunft kann ich leider nicht schauen, und deshalb weiß ich auch nicht, was passieren wird. Grundsätzlich meine ich aber: Sinnvoll rationalisiert werden kann kaum durch die Zwangsfusionierung von Gemeinden, wohl aber



Dr. Manfred Mayr, Bürgermeister der 650 Einwohner zählenden Gemeinde Kurtinig

durch die Zusammenlegung von Dienten. Mehrere Gemeinden können sich teilen; die Buchhaltung, das Meldamt und insbesondere das Bauamt mit dem Gemeindetechniker können gemeinsam gestraht werden. Da gibt es viel Einsparungspotenzial. Ich bin aber gegen die Auslöschung von Gemeinden und damit Einheiten, die historisch gewachsen sind, weil diese nützlich sind für die Bevölkerung und das jeweilige Gebiet. Die Kosten für Gemeinderat und Gemeindevausschuss von kleinen Gemeinden sind gering im Vergleich zu den allgemeinen Verwaltungsspesen ...

... wie denn das?

Nehmen wir nur den Gemeindevizepräsident als Beispiel. Bei uns hat eine Vollzeitkraft 107.000 Euro im Jahr gekostet, das sind 7.500 Euro brutto im Monat. Das ist ein Betrag, der im Verhältnis zur Komplexität der Arbeit und zum Arbeitsaufwand in so einer kleinen Gemeinde einfach nicht gerechtfertigt ist. Wir leben aber in einer Situation, in der es nicht gelingt, die Sekretäre kleiner Gemeinden zu zwingen, mit einer anderen Gemeinde zusammenzuarbeiten. Durch die letzte Finanzvereinbarung mit dem Land ist das zwar bindend vorgeschrieben worden – auch auf Vorschlag unserer Gemeinde –, aber die Umsetzung wird, da die Stellen ja besetzt sind, erst

nach und nach erfolgen. Wir in Kurtinig sind derzeit ohne Sekretär, weil dieser in den Landesdienst übergewechselt ist. Wir beschließen darüber noch eine Vollzeit- und drei Teilzeitkräfte, das Organigramm ist durch die hohen Kosten für den Sekretär blockiert. Ich komme aus der Wirtschaft und weiß, dass die Arbeit des Sekretärs bei uns in 30 Prozent der normalen Arbeitszeit zu bewältigen ist. Jetzt müssen wir schauen, wie wir das Problem praktisch lösen können.

Wenn man Südtirol fragt, ob die Provinzen in Italien abgeschafft werden sollen, sagen fast alle ja. Aber wie steht es mit den Bezirksgemeinschaften in Südtirol? Besteht da nicht auch Handlungsbedarf?

Die Bezirksgemeinschaften haben übergenieindliche Dienste übernommen und dafür eine Struktur aufgebaut. Solange das Geld geflossen ist, war das kein Problem. Heute sollte überlegt werden, ob diese Dienste nicht in Kooperation mehrerer Gemeinden und damit kostengünstiger geführt werden können. Das ist zu prüfen, und aufgrund der Ergebnisse einer solchen Prüfung muss dann entschieden und gehandelt werden.

Die Gemeindefinanzierung erfolgt in Südtirol so, dass eigentlich niemand ein Interesse daran hat zu sparen. Das Ratiaus plant, das Landhauszahl. Ist das ein Schwachpunkt unserer Regelung?

Ich denke, das alles hat bis zur Einführung der IMU gegolten. Seither hat auch ein Umdenken in der Bevölkerung stattgefunden, denn seither ist den Leuten stärker bewusst, dass wir das, was wir an Bauten verwirklichen und an Diensten einrichten, letztendlich

selber zahlen müssen. Wir haben im vergangenen Jahr einen Informationsabend zur IMU mit Gemeindevizepräsident Arno Kompatscher veranstaltet. Dabei haben wir Zahlen vorgelegt. In Kurtinig wurden Investitionen für das Kulturhaus, für die Feuerwehr und die Musikkapelle getätigt. Diese Strukturen verursachen aber laufende Kosten, und dieses Geld muss die Gemeinde aufbringen. Wir haben unserer Bevölkerung gesagt: Ihr habt euch diese Einrichtungen gewusst, aber deren Erhalt und Betrieb kostet. Je weniger solche Einrichtungen eine Gemeinde hat, desto großzügiger kann sie bei der Gewährung von Freibeträgen auf die IMU sein. Es hat keine Proteste gegeben, denn die Menschen wissen selbst, dass auch ihr Haus und ihr Auto laufende Kosten verursacht. Wir werden in Zukunft noch mehr die Folgekosten mit berücksichtigen müssen, wenn wir bestimmte Investitionen tätigen, und unsere Bevölkerung wird das auch tun und ihre Wünsche an die Gemeinde auch danach ausrichten. Ein besonderes Problem stellen dabei die Kosten für die Pflegedienste dar, an denen sich die Gemeinden beteiligen müssen. Da besteht Handlungsbedarf, das muss es gelingen, Angehörige stärker und leichter einzubinden.

Es wird immer wieder angemerkt, dass es in Südtirol zu viele öffentliche Betrieben gibt. Haben da die Gemeinden auch noch ihre Hausaufgaben zu machen?

Ich kann da nur für meine Gemeinden sprechen, die wie gesagt sehr klein ist und diesbezüglich auf Sparflamme kocht. Kurtinig liegt da im statistischen Vergleich des Gemeindevorstandes gut, und wenn es uns gelingt, das Problem Gemeindevizepräsident zu lösen, sind wir Spitze. Eines muss ich aber schon sagen: auch die Gemeinden müssen immer mehr Vorschriften und Auflagen beachten, was mit Mehrarbeit verbunden ist.

Was erwarten Sie sich als Bürgermeister vom neuen Landesrannordnungsgesetz? Was ist Ihr größter Wunsch diesbezüglich?

Dass man kleinen Gemeinden die Möglichkeit einräumt, organisch zu wachsen. Wir müssen ein Instrumentarium bekommen, das es uns ermöglicht, den Wünschen der Einheimischen, die bauen wollen, rasch und unbürokratisch zu entsprechen. Der feste Aufteilungsschlüssel zwischen gefördertem und freiem Wohnbau ist in manchen Fällen problematisch.

Die Bürgermeister werden schon seit einiger Zeit direkt vom Volk gewählt. Sollte diese Regel auch auf den Landeshauptmann ausgedehnt werden?

Das könnte ich mir durchaus vorstellen, aber ich denke, dass die SVP derzeit dagegen ist. Seien wir ehrlich: die Partei hat bei den Wahlen zuletzt vom Dummwähler-Bonus profitiert. Wenn morgen der Landeshauptmann getrennt vom Landtag gewählt wird, könnten der Partei Stimmen verloren gehen, denn sie dürfte auch weiterhin mit Persönlichkeiten antreten, die parteiübergreifend Zustimmung finden. Warten wir ab und schauen, was in der nächsten Legislaturperiode geschieht.

Interview: Robert Weißgensteiner

walpur
simply living

Auf der Suche nach Wohnglück?

Neueröffnung im Kampillcenter

Hier trifft Angebot auf Nachfrage.

Werden Sie Mitglied beim **1. Wirtschafts- und Handelsportal der Euroregion Tirol!**

„Jetzt kostenlos anmelden und sich die Vorteile sichern!“

Eintrag gratis!

WER MACHT WAS WO?

www.WERMACHTWASWO.com

SWZ IMPRESSUM

Redaktion und Verwaltung:
Imnsbrucker Straße 23, 39100 Bozen
Tel. 0039-0471-973 341, Fax 972 007
E-Mail: info@swz.it Internet: www.swz.it
Verantwortlicher: Rudolf.Randolf@swz.it

Verbung und Verwaltung: Doris Unterkofler,
Tel. 0471-309 730, doris@swz.it
Einzelnnummer: 3,00 Euro
Jahresabonnemnt: 142 Euro, 50 Prozent
Aufschlag für Sendungen ins Ausland